

Mit Sonderseiten
... 50 Jahre ASSE
... 40 Jahre KONRAD
... Atom-Bahnhof Beddingen
... interkommunales Gewerbegebiet

Lesen Sie, worüber
andere Zeitungen
noch nicht berichten ...

Atommüll: Deutschland setzt auf die Region BS

Was tut die Stadt Braunschweig da eigentlich?

Sie scheitert mit einem Bebauungsplan zur Einschränkung der Nuklearbetriebe in Braunschweig und sieht sich außerstande, den Ausbau des Atomstandortes zu verhindern. In Stiddien, in Sichtweite von Schacht KONRAD wird ein riesiges interkommunales Gewerbegebiet geplant. Darüber freuen sich natürlich die Atomlobby und die Bundesregierung.

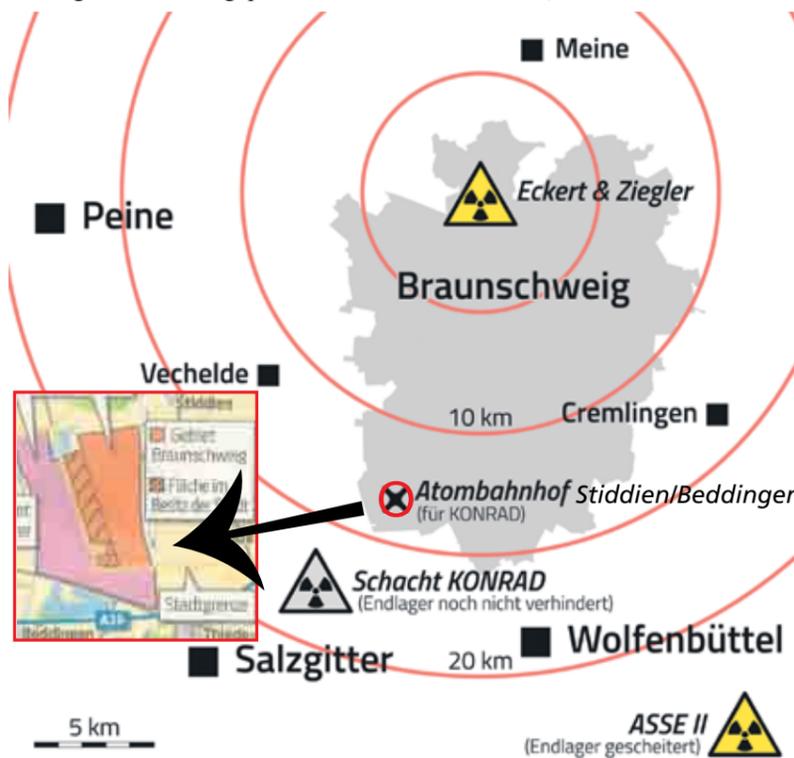
Letztere sucht gerade händeringend Flächen für ein **Eingangslager**, nachdem sich das „Just in Time“-Lieferkonzept zur Einlagerung von Atommüll in Schacht KONRAD als unrealistisch herausgestellt hat.

Die Stadt Braunschweig und das Land Niedersachsen spielen sich gegenseitig die Verantwortlichkeit zu, statt den Zusammenhang ins Blickfeld zu rücken:

Die Region Braunschweig liegt nicht nur wegen Asse II, Morsleben, dem bereits im Ausbau befindlichen Schacht KONRAD samt zugehör-

rigem Umschlagbahnhof in Stiddien/Beddingen, sondern auch mit Eckert & Ziegler und dem geplanten inter-

kommunalen Gewerbegebiet zwischen Salzgitter und Braunschweig in einem Gebiet, dessen vorhandene und



(Quelle: Geodaten von OpenStreetMap.org unter ODbL)

geplante Infrastruktur Niedersachsens zum Atommüllzentrum Deutschlands machen kann.

Wissen die Oberbürgermeister von Braunschweig und Salzgitter nicht, dass damit eine weitere Weichenstellung für Atommüll in die Region Braunschweig erfolgen könnte?

Unsere Forderung dazu:

- **Atomanlagen gehören nicht in eine Großstadt und auch nicht in die unmittelbare Nähe!**
- **Schacht KONRAD muss verhindert werden!**

Auf eine Anfrage, ob und wie atomares Gewerbe im neu geplanten interkommunalen Gewerbegebiet Stiddien-Geitelde verhindert werden kann, antwortete die Verwaltung am 14.3.2017 unter Nr. 17-04126-01, es würden „gute Voraussetzungen bestehen, ein im Bundesmaßstab attraktives Gewerbe- und Industriegebiet zu entwickeln“.
Liegt die Zukunft der Region wirklich in der Atom-Wirtschaft?

Not-Opfer Veolia?

Zusätzliche Kostenbelastung von durchschnittlich 20 € pro Haushalt und Jahr

Ende 2005 wurde die Stadtentwässerung privatisiert. Die zwischen der Stadt und dem „privaten Partner“ Veolia geschlossenen Verträge legen auf über 1.000 Seiten fest, welche Leistungen und Gegenleistungen zu erbringen sind und wer was zu bezahlen hat.

Von „Regiekosten“ noch von „Pauschalen“ steht in den Verträgen allerdings nichts. Trotzdem werden auf die Abwassergebühren pauschale Zuschläge bei den Kosten der Neuinvestitionen erhoben, die sich anfangs auf 14,25 % beliefen und für das Jahr 2016 auf 43,5 % gestiegen sind.

Zuschläge im Prüfbericht aufgefallen

Die Prüfgesellschaft „Commercial Treuhand“ führt dazu im Prüfbericht 2016 aus: „Der Regiekostenzuschlag hat sich 2015 und 2016 gegenüber den vergangenen Jahren (Regiekostensatz bis 2014 unter 20%) deutlich erhöht.“ Es würden immer höhere Pauschalen geltend gemacht.

weiter auf Seite 2 unten

Rosenbaum und Salveter kandidieren für BS und SZ/WF

Die Hälfte des Bundestages sind direkt gewählte Abgeordnete, jeweils nur eine oder einer aus allen 299 Wahlkreisen; die andere Hälfte des Bundestages werden über die Länderlisten der Parteien gewählt.

Die BIBS ist keine Partei, kann aber mit einer Direkt-Kandidatur trotzdem in die Bundestagswahl eingreifen.

Und genau das tut die BIBS jetzt für zwei Wahlkreise:

Im Wahlkreis 49 Salzgitter/Wolfenbüttel wird Niels Salveter kandidieren.

Für den Wahlkreis 50 Braunschweig wird Peter Rosenbaum ins Rennen geschickt.

Diese beiden Kandidaturen rücken in erster Linie das Atomproblem im Dreieck ASSE - Schacht KONRAD - Thüne in den Focus; ein bundesweites Thema, das aber in die-

ser Region ausgebadet werden soll. Allein Bürgerinitiativen halten die Entscheidungsprozesse zu den Atommüll-End- und Zwischenlagern seit vielen Jahren offen. Mit den beiden Direktkandidaturen für die jeweilige Erststimme begnügen sie sich nicht mehr damit, bei den Wahlen nur Zaungäste zu sein.

Diese direkte Einmischung in die Bundespolitik ist um so wichtiger, da in der neuen Legislaturperiode des Bundestages der Sack zugemacht werden soll mit dem „bundesweit attraktiven Gewerbegebiet“ für ein Atom-Endlager im Schacht KONRAD, genau auf der Stadtgrenze Salzgitter/Braunschweig (siehe Sonderseiten zum Interkommunalen Gewerbegebiet).

Weitere Themen für BS, die weitgehend im Bund entschieden werden, sind die Sauberhaltung des Bodens von Fracking-Giften, die Daseinsvorsorge, die Reinhaltung von Boden, Luft und Grundwasser, drohende Altersarmut weiter Bevölkerungskreise bei ungeernteter Selbstbedienungs-Mentalität des neureichen Geldadels. red

Berkan trifft Sigmar Gabriel

Berkan Kurtoglu, BIBS-Stadtbezirksratsmitglied in Viewegsgarten-Bebelhof, traf am Bahnhof Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) und nutzte die Zeit, den frisch gebackenen Außenminister auf die brisanten Themen wie die Nichtförderung der Berufsausbildung sowie Missstände im Jobcenter hinzuweisen.

Berkans ausgeprägter Sinn für Gerechtigkeit, seine immerwährende



Motivation, seine faire und beharrliche Art haben dazu geführt, dass das Jobcenter Braunschweig die kommunalen Leistungen wie z. B. für die Wohnungserstaussstattung in Bargeld auszahlt. „Somit besitzen in Zukunft auch die so genannten „Kunden“ des Jobcenters etwas mehr Handhabe und Möglichkeiten, sich eigenverantwortlich und flexibel z. B. eine Wohnungserstaussstattung anzuschaffen“, erklärt BIBS-Bezirksrat Berkan Kurtoglu, der sich seit langem mit der Materie beschäftigt.

„Gerade im heutigen Ebay-Zeitalter ist die Möglichkeit des Erwerbs von Einrichtungsgegenständen viel besser. Auch der Kauf von privat wird so einfacher“, so Kurtoglu abschließend.

Außerdem hat er sich kürzlich für die Verbesserung der Durchfahrt für Fahrzeuge in der Schefflerstraße erfolgreich eingesetzt.

Diese Gesellschaft braucht couragierte, verlässliche und vor allem geradlinige Menschen wie Berkan. red

Flughafen: Geheimniskrämerei um Crash



(Quelle: Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung)

Am 20.10.2014 kam es am Braunschweiger Flughafen zu einem Unfall mit einem Luftfahrzeug DO 328-110 der hier regelmäßig verkehrenden Fluggesellschaft Private Wings, bei dem das Luftfahrzeug schwer beschädigt wurde.

Im Unfallbericht der Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung steht dazu u. a.:

„Bei der Landung wurde das linke Hauptfahrwerk des Luftfahrzeuges schwer beschädigt. Der Heckbereich des Luftfahrzeuges hatte bei der Landung Kontakt zur Oberfläche der Piste (Tailstrike). Ereignisse und Flugverlauf Das Flugzeug war um 17:51 Uhr auf dem Sonderflughafen Ingolstadt-Manching zu einem Charterflug nach Braunschweig gestartet. An Bord befanden sich drei Besatzungsmitglieder und 31 Passagiere.“ Viel aufschlussreicher als der Vorfall selbst dürften Fragen an die Flughafengesellschaft, Flugzeughalter und Behörden sein, warum man zweieinhalb Jahre lang nichts über das Unglück verlauten ließ.

Offenbar befürchtet man, dass das Image des so genannten „Forschungsflughafens“ darunter leiden könnte. Die Details sind jedoch im Internet (Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung, Flight Safety Foundation) nachzulesen. red



Foto: Dr. Michael Gläser

Für Frieden und Freundschaft in Europa

Seit dem 19. März 2017 demonstrieren Menschen in Braunschweig für Zusammenhalt und Völkerverständigung in Europa sowie gegen Nationalismus und Rassismus.

Es beteiligen sich inzwischen mit teils bis zu 250 Teilnehmenden zeitgleich in über 90 Städten in 12 Ländern an der Initiative „Pulse of Europe“.

Die Kundgebungen finden noch mindestens bis zur Präsidentschaftswahl in Frankreich jeweils sonntags um 14 Uhr vor dem Schloss statt.

Es wird dabei von positiven Erfahrungen mit der EU wie auch Sorgen gesprochen.

Ich berichtete über die Ziele und Aktionen unseres überparteilichen Vereins Europa Union. Zum Schluss wird im Kreis die Europahymne gesungen. Ostersonntag fand mit blauen Europaflaggen ein Spaziergang durch die Fußgängerzone statt.

Mit „Freude schöner Götterfunken“ Friedrich Walz stellv. Vorsitzender der Europa Union Deutschland KV BS/WF

„Keine Zukunft ohne Eckert & Ziegler in BS“ ...

... so wird der SPD-Vorsitzende und Landtagsabgeordnete Pantazis am 11.4.2017 in *regionalbraunschweig.de* zitiert. Aus welchem Grund setzen Stadt und Land so einseitig auf die atomare Schiene?

Vor acht Jahren (im Jahre 2009) kam Eckert & Ziegler nach Braunschweig und übernahm ein Nachfolgeunternehmen von Amersham-Buchler in Thune; nun wird immer klarer, warum überhaupt und warum Braunschweig. **Neuaufrichtung auf Abfall-Bearbeitung wegen eigener Strukturprobleme?**

Die Abkehr von der Medizin (Nuklear-)Technik und Hinwendung zur Atommüll-Sparte war der Grund für die Kapitalerhöhung bei der Aktiengesellschaft. Eckert & Ziegler hat ein schwerwiegendes Struktur-



Darstellung der Eckert & Ziegler AG für die Aktionäre vom 11.11.2009.

Bereits seit 2009 „neu ausgerichtet“ auf das Entsorgungsgeschäft mit atomaren Abfällen.

problem. So wurden den Aktionären die neuen Chancen des Entsorgungsmarktes angepriesen: „Neu ausgerichtet auf den Markt für Abfallkonditionierung unter Abdeckung der gesamten Entsorgungskette“.

Es geht also Eckert & Ziegler um den riesigen „Markt für Abfallkonditionierung“ (gemäß eigener Präsentation, S. 22) und „Aus diesem Grund Ausbau Braunschweig“ (ebd. S. 27).

Hintergrund des Strukturwandels:

Der Medizinbereich verliert an Bedeutung, das Geschäft mit Atom-Abfall dagegen expandiert und sucht Lösungen. Eckert & Ziegler hat dafür vom Transport bis hin zum „Konrad-

Container“ die zukünftigen Lösungen. Eckert & Ziegler startete mit dem „Kompetenzzentrum Sichere Entsorgung“ (KSE) – damit spekulierte man auf den riesigen Markt aus der ASSE-Rückholung und auf Schacht Konrad. Dementsprechend teilte Firmenchef Andreas Eckert im Mai 2011 in einem Brief an die Stadt BS mit, dass man sich bereits um die Konditionierung der ASSE-Lauge beim Umweltministerium beworben habe und in Braunschweig/Thune dafür nun die baulichen Erweiterungen plane.

Mit Prostata-Seeds ins Abseits?

Die Eckert & Ziegler AG mit Sitz in Berlin hatte sich auf die „Seed“-Technologie konzentriert. Das erwies sich als problematisch, denn es gab inzwischen schonendere Verfahren in der Medizintechnik gegen Prostata-

Krebs, wie die Fachdiskussionen zeigen, siehe z. B.: „Mögliche Spätfolgen der Brachytherapie: Dauerhafte Reizzustände am Darm, Blase, Harnleiter und Harnröhre. Häufige, zwanghafte Harnentleerung, Verlust der Steifheit vom Glied. 50 % der Männer erleben innerhalb von 3 Jahren nach Seeds-Therapie eine deutliche Verschlechterung der erektilen

Funktion.“ <http://prostatakrebs-tipps.de/behandlung/bestrahlung/>

In den USA hatte sich Eckert & Ziegler auch bereits im Jahre 2015 von der Nuclear-Medizin-Sparte verabschiedet; da wurde vermeldet:

„Der jetzige Verkauf durch die EZB ist Bestandteil des Sanierungskurses, der eine detaillierte, strategische Überprüfung aller Geschäftsfelder beinhaltet.“

<http://www.goingpublic.de/eckert-ziegler-verkauft-sein-us-seedgeschäft>

Ausbau der Abfall-Sparte im Jahre 2011

Die Tochterfirma Eckert & Ziegler Umweltdienste GmbH wird gegründet

und am 19.8.2011 im Handelsregister Berlin-Charlottenburg unter HRB 136114B eingetragen.

Drei Monate später, am 21.11.2011 reicht eben dieses Unternehmen den Bauantrag für eine große Konditionierungshalle bei der Bauverwaltung der Stadt Braunschweig ein. Im Bauantrag werden nicht nur Lage und Größe für die angrenzende Fläche am Gieselweg in Thune beschrieben, sondern auch der Zweck des Bauvorhabens:

Durchführung von Messung, Konditionierung und sicherer Verpackung schwach radioaktiver Abfälle in die sog. Konrad-Container „zur späteren Einlagerung in Schacht Konrad, der ab 2014 als Endlager zur Verfügung stehen wird.“ (Bauantrag der E&Z Umweltdienste GmbH vom 18./21.11.2011)

Immer mehr Abfall-Wirtschaft einerseits und schwächelnde Medizin-Sparte andererseits bei Eckert & Ziegler:

Trickerei mit Mutter- und Tochtergesellschaft.

Die Abfallsparte (Umweltdienste GmbH) wurde im Juli 2015 zur Mutter-GmbH, die Medizinfirma Nuclitec GmbH ist nur noch ein Tochterbetrieb des Abfall-Unternehmens: (siehe Abbildung rechts des „Revisions“-Blattes von EZN Juli 2015):

Umgruppierung der Betriebsparten bei Eckert & Ziegler im Juli 2015

Damit wurde organisatorisch die Umstrukturierung vollzogen, die seit dem Jahre 2011 auch beim Personal ablesbar ist, dass nämlich bei Eckert & Ziegler in Thune in der Medizinsparte 27 % weniger Beschäftigte seit 2012 vorhanden sind, während die Abfall/Konditionierungs-Sparte die Beschäftigtenzahl um 55 % erhöht hat.

Keine Betriebsgenehmigung zur industriellen Konditionierung von Fremd-Abfällen

Übrigens: Offizielle Betriebsgenehmigungen zur Konditionierung von Fremdadfällen haben weder Mutter noch Tochter; sog. „Umgangsgenehmigungen“ für strahlende Nuclide hat nur die Medizin-Tochtergesellschaft, die diese freundlicherweise der Ab-



Protest vor dem Amtsgericht anlässlich der „Zaun“-Klage von Eckert & Ziegler

fall-Muttergesellschaft zur Verfügung stellen soll. Nach den überhaupt erst einmal grundlegenden Konditionierungsgenehmigungen sucht der Umweltminister Niedersachsens, Stefan Wenzel, nun seit Jahren und teilte der BIBS-Fraktion am 4.11.2015 brieflich mit, ja, man suche weiter und leite so lange eine „Befugnis zur Konditionierung von Abfällen am Standort“ aus

der am 12.5.1975 erteilten Genehmigung her [Anmerkung: Das betraf damals die Firma Amersham Buchler für eigene Betriebs-Abfälle].

Ob eine Übertragung auf etwaige Nachfolgefirmen überhaupt möglich sei, könne „pauschal nicht seriös beantwortet“ werden (Brief vom 4.11.2015 von Umweltminister Wenzel an die BIBS-Fraktion). ros

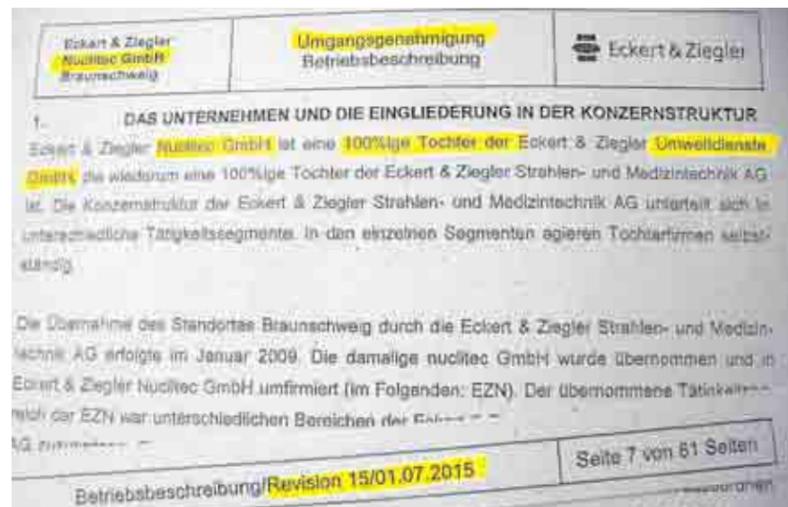


Abbildung des „Revisions“-Blattes von Eckert & Ziegler Nuclitec, Juli 2015

FAZIT:

- Eckert & Ziegler suchte spätestens ab 2009 neue Geschäftsfelder zwecks Erweiterung und vor allem zwecks Ersatz für die schwieriger werdende Nuklear-Medizin-Sparte gezielt in der Entsorgungs-Sparte;
- man wurde fündig im Raum Braunschweig mit dem Umfeld a) ASSE, b) Schacht KONRAD und c) einem dahindümpelnden Nuklear-Medizin-Betrieb der Buchler-Gruppe;
- man übernahm Betriebsteile in Nachfolge von Amersham Buchler in Braunschweig-Thune;
- man erwarb Konzessionen für Strahlen-Transporte und für den sog. „KONRAD-Container“;

- man baute die Betriebsparten organisatorisch, rechtlich und personell auf Entsorgung um (Stichwort: „Kompetenzzentrum Sichere Entsorgung, KSE“) und stellte Bauanträge für die Abfallkonditionierung und für die Zwischenlagerung atomarer Abfälle auf dem Betriebsgrundstück in Braunschweig/Thune.

Alle vorhandenen oder behaupteten Genehmigungen leitet man seither aus der Medizin-Sparte her, obwohl es längst nicht mehr um Medizintechnik sondern um etwas ganz anderes geht, um „Entsorgung“, also industrielle Konditionierung atomarer Abfälle für Dritte aus ganz Deutschland und darüber hinaus z. B. aus England/Europa.

weiter von Seite 1 **Not-Opfer**

Umgerechnet sind das demnach Regiekosten in Höhe von rd. 2,5 Mio.€ pro Jahr, aufgeschlagen auf die Abwassergebühren der rd. 125 Tausend Braunschweiger Haushalte, macht rd. 20 € pro Haushalt und Jahr.

Stadt rudert zurück

Der Regiekosten-Zuschlag beziehe sich auf eine vertragliche Regelung zwischen Stadt und Veolia, wo es heiße: „Zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten zählen insbesondere auch aktivierbare Eigenleistungen.“ (Anlage 22.1 „Entgelte“ im Vertrag Stadtentwässerung StEB-Veolia/Stadt.)

Man wolle diesen Zuschlag nun in den kommenden Jahren wieder begrenzen, versprach Stadtbaurat Leuer in der Dezember-Ratssitzung in seiner Antwort auf eine Bürgeranfrage.

Fazit: Die Eigenleistungen müssen nachgewiesen werden.

Bleibt die Frage, warum offensichtlich niemand im Rathaus darauf achtet, dass die privaten Haushalte ohne klare Berechtigung geschöpft werden. Dazu ist unbedingt eine Klarstellung durch den Rat erforderlich! ros

Fernwärme in Gefahr



Heizkraftwerk Uferstraße ... in die Jahre gekommen ...

In der vorigen Ausgabe Nr. 17 von **Unser-Braunschweig** wurde die zukünftige Wärme-Versorgung mit Fernwärme hinterfragt. Daraufhin räumte am 10.12.2016 der stellvertretende Vorstandschef von BS-Energy, Paul Anfang, in einem Interview ein, dass es das Kohlekraftwerk an der Uferstraße „wohl nur noch ein paar Jahre geben wird“, dass BS-Energy

dort „keine großen Beträge mehr reinstecken“ werde und dass die Wärme künftig von den Salzgitter Stahlwerken nach Braunschweig in einer 20 km langen Rohrleitung hergeleitet werden könnte. Ein halbes Jahr ist seither vergangen. Unser-Braunschweig hakte bei den kommunalen Planungsbehörden und den Unternehmen Salzgitter-Stahl und BS-Energy nach:

1. „Welche Vorsorge rechtlicher, bau-rechtlicher, planungsrechtlicher oder finanzieller Art wurden seitens der Städte SZ und BS sowie der ggf. betroffenen Gebietskörperschaften für solche eine Lösung einer Wärmepipeline getroffen?“
 2. „Wie weit sind bezüglich einer Pipeline-Lösung die Verhandlungen zwischen den Unternehmen Stahlwerke Salzgitter und BS-Energy gediehen?“
- Der stellv. Vorstandschef Paul Anfang räumte am 30.3.2017 ein, dass Gespräche gerade beginnen würden und man erst im Laufe des Jahres bei BS-Energy etwas dazu sagen könne. Beim Regionalverband Großraum BS lagen

keinerlei Informationen über so ein Pipeline-Projekt vor.

Die Hälfte aller Haushalte betroffen

Gibt es einen „Plan B“? Warum nicht einfach das alte Kohleheizwerk durch ein weiteres modernes Gaskraftwerk ersetzt? Eine solche Lösung möchte man bei BS-Energy offenbar nicht, denn das würde nicht nur Wärme, sondern noch mehr Strom erzeugen, und den will man nicht.

Warum?

- 1) Mit E.ON wurden Stromkaufverträge abgeschlossen, nach denen BS-Energy viel zu große Strommengen langfristig überteuert einkaufen muss. Unter Verlusten muss weiterverkauft werden. Die eigenen Stromerzeugungsanlagen werden überflüssig und wertlos.
- 2) Das wiederum hat Folgen für die Wärme-Produktion: Ein auf Abwärme aus eigener Stromproduktion gespeistes Fernwärmenetz wird unwirtschaftlich.
- 3) Unter Bruch eines Ratsbeschlusses aus 11/2011 kauft BS-Energy sogar weiterhin Atomstrom ein- und ver-

sucht, damit die Kundschaft zu bedienen. Folge: Kunden wandern zu ökologisch glaubwürdigeren Anbietern ab. Die Zeit läuft und im Rathaus reift so eine Ahnung, dass der Mehrheitsgesellschaftlicher Veolia sich aufgrund nur noch lauer Gewinn-Chancen bald verabschieden könnte. Zwar führt BS-Energy noch Gewinne vor allem an die Pariser Muttergesellschaft ab, zu einem Viertel auch an die Stadt Braunschweig; dies aber um den Preis der Auszehrung noch vorhandener Substanz des einst stolzen Stadtwerks.

Abberufung des Geschäftsführers Krauel von BS-Energy – und die Stadt hat nichts zu sagen?

Knall auf Fall wurde der Vorstandsvorsitzende Krauel im Februar 2017 durch Veolia aus dem Vorstand „gekippt“, ohne vorherige Abstimmung mit der Stadt BS. (Siehe UB Nr. 17, S. 2, „Schief lagen und schlaflose Nächte“ bei BS-Energy) ros

Mit einem Euro die nächste Ausgabe sichern. Spendenkonto: Bürgerinitiative **Stichwort „Spende“**. Als „Parteispende“ steuerlich absetzbar!

BIBS-Spendenkonto Nr. 151 322 195 Braunsch. Landesspark. 250 500 00 IBAN: DE18 2505 0000 0151 3221 95

Die Baumvernichtung geht weiter

Manchmal fragt man sich, ob die Braunschweiger Bauverwaltung und die Braunschweiger Investoren unfähig sind, vorhandene Baumbestände in ihre Planungen einzubeziehen. Oder liegt es daran, dass im Planungsausschuss des Rates kein Stadtplaner und kein Architekt sitzt, der mit Nachdruck auf diese Missstände hinweisen könnte? Drei Baugebiete seien hier beispielhaft genannt, in denen in letzter Zeit Baumfällungen in eklatanter Weise vorgenommen wurden.

Baugebiet zwischen Hamburger Straße und Mittelweg

An diesem Standort sollen zwei großflächige Märkte und umfangreicher Wohnungsbau in Geschossbauweise entstehen. Hier wurden sogar Bäume, die im Bebauungsplan als zu erhal-



Ansicht Bibliotheksneubau am Georg-Eckert-Institut.
Quelle: Wallringforum

ten festgesetzt sind, mit einer Ausnahme genehmigung gefällt, von der Beseitigung weiterer Bäume und Grünflächen ganz zu schweigen. Mit einer geschickten Planung hätten viele Bäume in die Neubebauung integriert werden können. So hätte von Anfang an eine höhere Städtebau- und Wohnqualität erreicht werden können. Aber das Baufeld muss ja erstmal gründlich freigemacht werden, damit sich die Baufahrzeuge ungehindert hin- und her bewegen können. Menschen, die sich im neuen Wohngebiet dagegen wehren könnten, gibt es ja noch nicht.

Georg-Eckert-Institut Celler Straße / Freisestraße

Das Institut soll durch einen Bibliotheksbau und einen Verwaltungsbau erweitert werden. Die alte Villa von

Bülow und der angrenzende Park stehen allerdings als Ensemble unter Denkmalschutz.

Was ist einfacher, als den Bibliotheksriegel in den Park zu setzen – wenn auch an den Rand – und mit einem viel zu hoch geratenen Altbau, das als Verwaltungsbau umgenutzt werden soll, zu verbinden. Das Ergebnis: Bäume weg, Park kaputt. Die Verwaltung versucht, die missglückte Lösung mit Engelszungen schönzureden. Mit Prof. Berthold Burkhardt kann man dazu nur sagen: „Die Braunschweiger sind sich ihres Kulturerbes nicht bewusst.“

Wohnkomplex zwischen Korfesstraße und Hartgerstraße im östlichen Ringgebiet

Das war einmal eine schöne Wohnanlage für ältere Bürger. Die Bebauung war gut überlegt konzipiert. Im Norden befand sich ein Wirtschaftshof zum Anliefern und Parken.

In der Mitte gab es einen Hof der Begegnung mit einem öffentlichen Durchgang und im Süden war ein parkartiger grüner Innenhof angelegt worden, der den Anwohnern Rückzugsmöglichkeit und Erholung bot.

Bäume und Grünflächen wurden hier nun rücksichtslos beseitigt, um die



Lageplan Korfesstraße - Quelle: Bezirksrat Östlicher Ring

zusätzlichen Einstellplätze, die durch Umwandlung der Pflegeplätze in Wohnungen nachgewiesen werden müssen, dort unterzubringen.

Das hätte auch in Form einer Parkpalette im Wirtschaftshof geschehen können.

Nun ist die Wohnanlage von Parkplätzen umzingelt und die Wohnqualität erheblich verschlechtert. Der gelb

umrandete Bereich im obenstehenden Plan zeigt die ehemalige Grünfläche. Die rot gekennzeichneten Stellplätze sind neu.

Fazit: Man kann den Investoren nicht die Verantwortung für die Baumerhaltung überlassen.

Eine Baumschutzsatzung muss wieder her, sonst geht das Baumsterben weiter. *W. Wiechers*

Grünpflege statt Kahlschlag!

Rigoroser Grünrückschnitt im Stadtgebiet. Rückschnitte bis zum Stumpfholz oder sogar die komplette Rodung von Bäumen und Büschen im Frühjahr stießen bei vielen Bürgern auf Unverständnis.

weislich für eine Reduzierung des Schadstoffgehalts der Luft. Während andere Städte, wie z. B. Stuttgart, an großen Ein- und Ausfallstraßen mit erheblichem Aufwand sogenannte Mooswände errichten, um die Menge



Kahlschlag im Bereich an der Sportanlage des SV Broitzem, Donaustraße

Auf begrünter Flächen wie im Heidberg in der Meißestraße und an den Auf- und Abfahrten an der Sachsendammbrücke zur A 395 wurde auf diese Weise nahezu der gesamte Grünbestand vernichtet. Ähnliches gilt für den Bereich der Sportanlage des SV Broitzem an der Donaustraße, wo die Verwaltung vom umfangreich vorhandenen Grünbestand nur einige Bäume stehen ließ. Im Rahmen dieser Art der „Grünpflege“ wurde ein Großteil des in ca. 20 Jahren entstandenen Bewuchses, zu dem auch bis zu 4 Meter hohe Bäume gehörten, entfernt. Vögel und Insekten verloren durch diese Maßnahmen ihren Lebensraum. Zudem sorgte der Grünbewuchs auf diesen Flächen, die überwiegend im Bereich verkehrsmäßig hoher Belastung liegen, nach-

des Schadstoffausstoßes der Massenmotorisierung einzuschränken, wurden in Braunschweig vorhandene Grünflächen ohne ausreichende Begründung unnötig weit zurückgeschnitten. Seitens der Stadtverwaltung ist für die Zukunft ein Umdenken zwingend notwendig. *Helmut Rösner*



Auf- und Abfahrten an der Sachsendammbrücke zur A 395

Gerechtigkeit durch Baumfällungen?

Die BIBS-Fraktion wollte wissen, wieso es überhaupt textliche Festsetzungen in B-Plänen gibt, wenn die Stadt mal eben bei sich selbst eine Ausnahmegenehmigung für Kahlschläge beantragt und sofort genehmigt.

Antwort der Stadt: **Aus „Interesse der Einzelfallgerechtigkeit und der Wahrung der Verhältnismäßigkeit“**

braucht es „ein Mindestmaß an Flexibilität. Dies war im vorliegenden Fall [also die angebliche Notwendigkeit der Fällung von Bäumen an der Hamburger Straße, ehemaliges BZ-Gelände, die im derzeit gültigen B-Plan zum Erhalt festgesetzt sind] gegeben.“ (Ratsdrucksache 17-04110-01)

Bald Leerstand im Kanzlerfeld?

Braunschweig hat viele Themen und Probleme: Eines der nicht so oft benannten ist das Leerstandsproblem. Da stehen schon einmal Sozialwohnungen in Riddagshausen leer, da ringt man allerorten um neue Nutzungen für die eilig errichteten leerstehenden Flüchtlingsunterkünfte und an immer mehr Orten der Stadt stehen Gewerbeimmobilien leer. Gleich mehrere große Passagen in der Innenstadt sind vom Leerstand bedroht. Aber diese Krankheit ist auch in vielen Randlagen bekannt. Während leitende Beamte der Stadt neben Investoren und Bauherren gern im Rampenlicht stehen, um Grundsteine für Neubaugebiete zu legen oder schöne Interviews zu neuen Quartierplanungen zu geben, scheint Leerstand ein eher unbeliebtes Thema zu sein. Warum sich bei der Stadtverwaltung niemand so recht für diese Herausforderung verantwortlich fühlt, verwundert zunehmend. Auf die Frage an die Stadtverwaltung, warum denn die Kommune hier nicht eingreifen oder zumindest moderieren wolle, lautete die simple Antwort: Deshalb müsse man sich keine allzu großen Sorgen machen. Es gäbe genug Konzepte. Allerdings könne man über diese noch nicht sprechen.

Wer so etwas hört, denkt sich: Sind das Worthülsen? Will sich da jemand herausreden? Oder ist es noch schlimmer als gedacht? Bei weiteren Nachfragen gibt es dann eine noch eindrucksvollere Auskunft: Das solle der Markt regeln. Da können wir nichts machen, das ist privatrechtliche Angelegenheit. Dies erschreckt ... und noch mehr erschreckt es, dass sogar zusätzlicher Leerstand billigend in Kauf genommen wird. Und wenn man es genau nimmt,

sogar geplant wird ... Eine soziale Marktwirtschaft mit entsprechenden Ausprägungen in der Bauwirtschaft und kommunalen Betreuung könnte dies wohl anders machen. Aktuelles Beispiel aus dem Kanzlerfeld: Ein Supermarkt-Neubau bedroht ein funktionierendes Stadtteilzentrum. Warum es für dieses – trotz vieler Einwendungen von BürgerInnen – selbst bei der dritten (!) Auslegung keine validen Nachnutzungspläne gibt und der Leerstand und Verfall somit abzusehen ist. Das war zuletzt wieder Gegenstand einiger Gespräche zwischen engagierten Bürgern, Politik und Stadtverwaltung. Letztere aber scheint hier komplett überfordert oder unwillig zu sein. Trotz der Zusage, eine Deeskalation herbeiführen zu wollen oder wenigstens einen Kontakt für die Klärung von Sachfragen herzustellen, herrscht

– trotz Nachfragen – große Funkstille. Wahrscheinlich macht es zu viel Arbeit und es ist es auch nicht opportun, sich mit den Investoren anzulegen, die lieber Neubauten wollen, als Sanierungen. Schade: Der Bürger hätte gerne mehr Vertrauen gehabt... *Katrin Thies*

Fakten-Box Kanzlerfeld

- Bestehendes Einkaufszentrum mit über 12 Gewerbeunternehmen
- Neubau eines umfangreichen Vollsortimenter-Supermarktes
- große Probleme mit Lärmschutz und Verkehrssicherheit
- Planung seit 2009; im Januar 2017 erfolgte dritte Auslegung mit ca. 80 Einsprüchen, die derzeit bearbeitet und geprüft werden

Politiker und der Atomstrom

Nach außen hin spricht man sich gegen die Atomwirtschaft aus, die Städte Braunschweig und vor allem Salzgitter sind sogar Mitglied in der Anti-Atom Arbeitsgemeinschaft „AG Schacht-KONRAD“.

Nach innen sitzen aber viele Politiker in den Aufsichtsräten ihrer örtlichen Stromversorger, die den Haushalten bis zu 20 % Strom aus Kernkraftwerken von E.ON verabreichen.

Hier mal einige Namen:

Politiker im Aufsichtsrat von BS-Energy: Ulrich Markurth (SPD), Oberbürgermeister in Braunschweig, Klaus Wendroth (CDU), Fraktionsvorsitzender, Christoph Bratmann (SPD), Landtagsabgeordneter.

Politiker im Aufsichtsrat von WEVG (Salzgitter): Frank Klingebiel (CDU), Oberbürgermeister in Salzgitter; Wolfgang Bauer, Ulrich Leidecker und Thorsten Schleining für die SPD; Rolf Stratmann, Jonas Klingebiel für die CDU; Marcel Bürger, 3. Bürgermeister für Bündnis 90/Die Grünen; Stefan Roßmann für (M.B.S.).
Allesamt müssen sie sich fragen lassen, aus welchem Grund sie beim Atomstrom stillschweigend zusehen.

Impressum

Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)
redaktion@buergernitiativen-braunschweig.de
Werner Barnstorff, Pregelstraße 8,
38120 Braunschweig
Redaktion: Ingeborg Gerlach
Druckerei: Druckzentrum Braunschweig GmbH
Christian-Pommer-Straße 45, 38112 BS

Aktiv für Tiere: Tierrechtsorganisationen aus der Region Braunschweig stellen sich vor

Jedes Tier hat ein Recht auf Leben, Freiheit und Unversehrtheit. Es gibt viele Wege, aktiv für Tierrechte einzutreten. Auf dem eigenen Teller, mit Informationsarbeit für eine tierfreundliche Ernährung oder mit Aktionen für die Tiere.

Wer sich für die „Nutztiere“ einsetzen möchte, muss nicht absolut vegan leben. Niemand wird vegetarisch oder vegan geboren, Solidarität mit den Tieren beginnt mit der Bereitschaft, selbst aktiv zu werden. Zum Beispiel bei folgenden Gruppen, die zum Thema Massentierhaltung arbeiten und sich über Menschen freuen, die aktiv mitmachen.

Die Kampagne gegen Tierfabriken (KgT)

In der KgT engagiert sich seit 2010 eine Gruppe von Menschen, die aktiv gegen Tierfabriken in Niedersachsen vorgeht. Seit 2013 arbeitet die KgT gegen einen Schlachtfabrikusbau in Wietzen-Holte (nahe Nienburg). Die KgT setzt dem zerstörerischen Wachstum der Tieraufzucht vielfältige Aktionen wie Aktionscamps, Demonstrationen, Blockaden, Straßentheater, Vortragsreihen und mehr entgegen.

Die KgT trifft sich alle zwei Wochen in

Braunschweig: Falls Du dich auch in der KgT engagieren und/oder bei einem Treffen hineinschnuppern möchtest, dann melde Dich einfach bei: kampagne-gegen-tierfabriken@riseup.net Internetseite: kampagne-gegen-tierfabriken.info

Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt

Die Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt ist eine als gemeinnützig anerkannte Tierschutz- und Tierrechtsorganisation, die sich gegen Massentierhaltung und für die Förderung der veganen Lebensweise einsetzt. Um immer mehr Menschen für eine tierfreundlich(er)e Ernährung zu begeistern, verteilen wir von der Aktionsgruppe Braunschweig die Selbst-Wenn-Broschüre, sammeln Eintragungen für die vegane Schnupperwoche – Vegan Taste Week – und sind mit Infoständen bei Veranstaltungen sowie in der Innenstadt aktiv.

An jedem ersten Sonntag des Monats um 15 Uhr treffen wir

uns im Café Micky & Molly <http://www.mickyundmolly.de/> Neue Gesichter sind herzlich willkommen!

Weitere Infos finden Sie hier:

<https://albert-schweitzer-stiftung.de/helfen/aktiv/braunschweig>
<https://albert-schweitzer-stiftung.de/utopia-aktiv-braunschweig>
Die kleine Gruppe Utopia aktiv führt in unregelmäßigen Abständen in und um Braunschweig Öffentlichkeitsarbeit gegen die Massentierhaltung durch. Im besonderen sind wir bei unseren Aktionen gern kreativ, z. B. mit selbst gemalten Schildern und Fahnen zum Thema Tierrecht.

Wir organisieren auch größere Veranstaltungen wie den diesjährigen Marsch gegen Schlachthäuser in Braunschweig: <https://de.stopabattoirs.org>

Wir planen auch die Ariwa-Vegan-Demos in Braunschweig, Berlin, Lippstadt und Hannover zu besuchen.

<http://www.ariwa.org/aktivitaeten/aufklaerung/aktionenarchiv/1217-vegandemo.html>

Unser Team freut sich über MitmacherInnen.

Unser Motto:

„Politische Arbeit muss Spaß machen“.

Kontakt:

utopiaaktiv@nirgendwo.info

Tierrechtstermine Braunschweig

- 7. Mai Gruppentreffen der Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt/Aktionsgruppe BS Kohlmarkt. Kontakt: utopiaaktiv@nirgendwo.info
- 2. Juli Gruppentreffen der Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt/Aktionsgruppe BS
- 4. Juni Gruppentreffen der Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt/Aktionsgruppe BS
- 8. Juli Vegan Demo in Braunschweig Info und Kontakt: braunschweig@ariwa.org
- 17. Juni Marsch zur Schließung aller Schlachthäuser in Braunschweig <https://de.stopabattoirs.org> 14.00 Uhr Beginn der Veranstaltung Marsch gegen Schlachthäuser mit Auftaktkundgebung auf dem
- 6. August Gruppentreffen der Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt/Aktionsgruppe BS



Schildbürgerstreich Teil 3

Wer, wenn nicht wir, wann, wenn nicht jetzt!

Die unendliche Geschichte vom Nordbad und wie die Stadt Braunschweig die Interessen der Bürger ignoriert und so die Politikverdrossenheit in der Stadt weiter fördert.

Fakten: Nachdem der MTV in der Gildenstraße neue Gymnastikräume bauen will, stellt sich die Frage der Nachnutzung des Nordbades. Geplant ist die Nachnutzung für den Motorsportclub der Polizei im ADAC e.V. (MSC) mit einer Laufzeit von 15 – 20 Jahren. Mit 125.000 € will die Stadt BS den Umbau bezuschussen, um eine Indoor-Rennstrecke entstehen zu lassen. Eine Outdoor-Rennstrecke direkt neben dem Nordbad ist bereits vorhanden.

125.000 € städtischer Zuschuss, damit ein paar erwachsene Männer mit kleinen Autos durch die Gegend fahren.....!

Fragen zum Nordbad

- Sieht so eine Bezuschussung SINNVOLLER Projekte durch die Stadt Braunschweig aus, zumal eine Outdoor-Rennstrecke neben bereits vorhanden ist?
- Wie sieht der zukünftige Pachtvertrag im Einzelnen aus? Wie hoch sind die Pachtkosten und wer trägt sie?
- Wer trägt zukünftige Betriebs- und Instandhaltungskosten?
- Werden die 125.000 € des städtischen Zuschusses festgeschrieben oder sind Kostensteigerungen zu erwarten? Zur Erinnerung an die Wasserwelt: Ratsbeschluss 2007: Kosten von 17,5 Mio. €, 2015: Kosten bisher über 35 Mio. €. Der jährlich veranschlagte Zuschuss von 4,6 Mio. € wurde auf 8,4 Mio. € verdoppelt (Stand 2016).
- Muss der MSC kostendeckende Nutzungsgebühren bezahlen? Und woher hat der Verein das Geld für den Umbau des Nordbades?

Anmerkung: Inzwischen wurde dem MSC übrigens das ehemalige Vereinsheim des SSC Germania zur temporären vereinsportlichen Nutzung verpachtet. Zu welchen Pachtbedingungen? Der Verdacht von Klientel-Politik drängt sich auf...

Fazit: Was sind uns unsere Kinder wert? Eine Indoor-Rennstrecke für Erwachsene zum Spielen mit Autos ist der Stadt 125.000 € plus x wert, während das Schulschwimmen können, in den Bad der Stadt nur 39.000 € kosten darf. Laut DLRG ist die Zahl der Kinder, die nicht oder sehr schlecht schwimmen können, in den letzten zehn Jahren von unter 10% auf über 25% gestiegen.

Schulschwimmen = fürs Leben lernen.

V.f.d.J.: Arbeitskreis Schuntersiedlung, Susanne Grathwohl nisuan@t-online.de,
Sylvia Wolter frauwoelter@arcor.de, Wolfgang Bartsch bartsch-braunschweig@freenet.de,
Manja Graap manjagraap@arcor.de.



Was fehlt, sind immer noch die Antworten ...

Schade, dass mit diesen ausführlichen Stellungnahmen die wichtigsten Fragen unsererseits in keiner Weise beantwortet werden, nämlich

1. Wer übernimmt die laufenden Pacht- und Betriebskosten?
2. Warum gab es nach dem Abspringen des MTV keine allgemeine Ausschreibung, so dass sich weitere Interessenten hätten melden können?
3. Warum erfährt man immer erst beschlossene Sachen aus der Zeitung und hat keine Chance zum Mitreden?

Das stößt uns nach so viel versuchter Kommunikation mit den beteiligten Politikern doch sauer auf.



Einladung zum integrativen Fußballturnier am 27.5.2017

WILLKOMMEN-WELCOME-MERHABA
SHAGATOM-NISHTO AVILAH
BIENVENIDOS-KAKO TI DOBRODOSLI
BIEN ATI VENI AS-SALAAM-ALAYKUM



Die Initiative ART „Aktiv für Respekt und Toleranz“ engagiert sich im Stadtteil Schuntersiedlung/Kralenriede und darüber hinaus für ein tolerantes buntes Miteinander aller Menschen und Kulturen und bezieht klar Stellung gegen jede Form von Rassismus.

Am Samstag, den 27.05.2017, von 11 bis 19 Uhr, veranstaltet die Initiative ART zusammen mit dem SV Kralenriede und anderen Vereinen und Initiativen ein integratives Fußballturnier auf dem Gelände des SV Kralenriede, Fridtjof-Nansen-Straße 29, 38108 Braunschweig. Wir möchten gemischte Mannschaften aus unterschiedlichen Generationen und Kulturen aufstellen.

Das Ziel ist es u. a., Frauen und Männer aller Altersklassen und Kulturen mit und ohne Behinderung zusammenzubringen.

Bei diesem Turnier soll der Spaß und die Integration Aller im Vordergrund stehen und Menschen zusammenführen. Vielleicht entwickelt sich ja auch kultur- und generationsübergreifend eine Perspektive für die Zukunft.

Unser Motto/Ziel ist, Integration vorzuleben und zu zeigen, wie schön und bunt ein vielseitiges Miteinander ist. Wir würden uns freuen, wenn sich viele Fußballinteressierte einfinden und Spaß und Freude mitbringen, für's leibliche Wohl (Kuchen, Würstchen, Salate, heiße und kalte Getränke) sorgen wir! Für Fragen und Vorschläge stehen wir selbstverständlich zur Verfügung.

Wolfgang Bartsch und Jörg Fischer

Ansprechpartner: ART Öffentlichkeit, Wolfgang Bartsch
Mail: bartsch-braunschweig@freenet.de



ATOM-REGION SPEZIAL

UNSER BRAUNSCHWEIG NR. 18 - APRIL / MAI 2017

Am 2. April 2016 wurde von den Oberbürgermeistern der Städte Braunschweig, Ulrich Markurth, und Salzgitter, Frank Klingebiel, ein Artikel in der Braunschweiger Zeitung und der Salzgitter Zeitung veröffentlicht, mit der Ankündigung, dass die beiden Städte das größte interkommunale Gewerbe- und Industriegebiet mit ca. 300 ha (nördlich der Autobahn A39), auf den Stadtgebieten von Braunschweig und Salzgitter planen.

Die Landwirte aus der Region und der Bauernverband „Braunschweiger Land“ lehnen die Pläne der beiden Städte ab, weil bestes Ackerland für immer verloren gehen würde.



Am 2.2.2017, in der Bürgerfragestunde in Geitelde, Stadtbezirk 222, ist nach Aussage der Stadtverwaltung die Machbarkeitsstudie bereits im vollen Gange. Man verhandele bereits mit Interessenten.

Verhandlungen mit den betroffenen Landwirten aus Stiddien, denen ca. 90 ha von 124 ha gehören, erfolgten noch nicht und wurden auf später vertagt. Die Landwirte sind berechtigterweise stinksauer. Hier geht die Stadtverwaltung wieder eigene Wege und macht den zweiten Schritt vor dem Ersten.

Am 21. Februar 2017 ist eine Informationsveranstaltung gegen das geplante interkommunale Gewerbe- und Industriegebiet Stiddien-Geitelde-Beddingen, im TSV-Sportheim Geitelde durchgeführt worden. Organisatoren im Stadtbezirk 222 waren die BIBS (Klaus Werner, Niels Salveter), der CDU-Ortsverband (Julia Kark, Carsten Höttcher, Jonas Mahler). Der Veranstalter war der TSV-Geitelde (Walter J. Herrmann). Mit großem Interesse ist die Veranstaltung mit ca. 200 Anwesenden aufgenommen worden.

In Redebeiträgen wurde auf die gesundheitliche Belastung der Anwohner hingewiesen, denn bei Ansiedlung von Industriebetrieben, die im Mehrschicht-Betrieb arbeiten, werden täglich 24 Stunden lang Emissionen wie Gase, Stäube, Dämpfe und Lärm freigesetzt. Diese übertragen sich als Immissionen auf Menschen, Tiere und Pflanzen.

Der Wind weht vorzugsweise aus westlichen Richtungen (ca. 77 %). Betroffen wären in erster Linie die Orte Stiddien und Geitelde. Der Ort Timmerlah liegt etwas abseits vom Gewerbe- und Industriegebiet, aber die Problematik ist den Anwohnern dort auch bewusst.



von links: Walter J. Herrmann, TSV Geitelde; Klaus Werner und Niels Salveter

Vom Ort Broitzem, (Stadtbezirk 223), beträgt die Entfernung nur ca. 2 km Luftlinie zum geplanten Gewerbe- und Industriegebiet.

Die Feinstaubwerte ($40 \mu/m^3$), die am 16.2.2017 am Sender Broitzem gemessen wurden, sind schon heute zu hoch. Bei einer zusätzlichen Ansiedlung von Industriebetrieben würde für alle Orte noch einiges an Feinstaub dazukommen.

Am 24.2.2017 haben die Stiddier Landwirte in der Braunschweiger Zeitung mitgeteilt, dass sie ihre Ackerflächen, ca. 90 ha, nicht veräußern werden.

Klaus Werner, BIBS, erklärte die Lage und Größe der Flächen anhand von Beispielen. Mit kurzen Filmbeiträgen der BIBS, die zu den einzelnen Redebeiträgen gezeigt wurden, konnten die vorgetragenen Informationen erläutert werden.

Die Gäste der Stadt Salzgitter, Thomas Huppertz (CDU), Ratsherr und stellvertretende Orts-Bürgermeister

großen Gewerbe- und Industriegebiets, die gesundheitliche Belastung nochmals für die Anwohner erhöht wird.

Im mittelbaren Bereich um das geplante interkommunale Gewerbe- und Industriegebiet sind bereits große Industriebetriebe, wie die Salzgitter AG, das VW-Werk, Cargill und der Hafen Beddingen, angesiedelt.

Im Rat der Stadt Salzgitter hat die Fraktion Bündnis90/Die Grünen sowie Teile der CDU eine Machbarkeitsstudie in der Sitzung des Rates am 15.6.2016 abgelehnt.

Die Stadt Salzgitter hätte noch genügend Gewerbe- und Industrieflächen, die als Leerstände zur Verfügung ständen. Weiterhin wurde auf die finanzielle Schieflage der Stadt Salzgitter hingewiesen.

Noch vor den Sommerferien plant die Bürgerinitiative, eine Informationsveranstaltung in den von Salzgitter betroffenen Orten, durchzuführen.

Alle Redner und Zuhörende aus Braunschweig und Salzgitter waren sich einig darüber, dass bestes Ackerland für immer verloren gehen würde.

Ist das geplante Interkommunale Gewerbe- und Industriegebiet das trojanische Pferd für ein atomares Gewerbezentrum für Schacht KONRAD?

Transport und Einlagerung von schwach- und mittelradioaktiven Atommüll:

Für 2022 wird derzeit mit der Fertigstellung des Ausbaus von Schacht KONRAD geplant. Im Anschluss daran sind 2 Jahre sog. „Kalthantierung“ vorgesehen, das bedeutet, dass die Transportabläufe OHNE radioaktives Material geübt werden. Ab 2024 ist mit Atommülltransporten zu rechnen und von da an für 80-100 Jahre!

In einem Redebeitrag der Vertreterin der AG Schacht KONRAD, Silke Westphal, wurde über die Risiken der Atommülltransporte ($303.000 m^3$) gesprochen.

Ein Teil des Atommülls soll über den Atomübergabebahnhof Beddingen erfolgen, der eher größere Teil über die Straße.



TSV-Sportheim Geitelde. Interessierte Bürgerinnen und Bürger aus Braunschweig und Gäste aus Salzgitter.

Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet

Stiddien-Beddingen und Atombahnhof

Eine Transportstudie der GRS (Gesellschaft für Reaktorsicherheit), Stand 2009, wurde im Jahr 2012 den Anwohnern vorgestellt. In der Studie wurden von der GRS Daten aus dem Jahr 1987 verwendet.

Die Stadt Salzgitter hatte daraufhin ein Transportgutachten bei dem Gutachter INTAC erstellen lassen.

Eine neue Begutachtung der Gefahren durch Atomtransporte soll erst im Rahmen der Inbetriebnahme erfolgen.

Was passiert dann mit dem Atommüll? Bekommen wir dann doch ein Eingangslager direkt vor unserer Haustür? Wo und wie wird vorkonditioniert? In unmittelbarer Nähe von Atomkraftwerken?

Wo wird die Endkonditionierung zur Einlagerung in Schacht KONRAD 2 durchgeführt?



Silke Westphal, AG Schacht KONRAD Mit entsprechenden KONRAD-Containern, vom Typ V, macht die Firma Eckert & Ziegler Werbung für ihre Kompetenz der Konditionierung von Atommüll.

Werden sie sich im neuen Gewerbegebiet ansiedeln können, wenn es im derzeitigen Standort Thune nicht zu einer Einigung zwischen der Stadt Braunschweig und Eckert & Ziegler kommt?

Fazit: Wird das interkommunale Gewerbe- und Industriegebiet errichtet, kommen auf die Anwohner Belastungen durch Immissionen wie Gase, Stäube, Dämpfe sowie Bahn- und KFZ-Lärm zu.

Diese zusätzlichen Lärmbelastungen durch das interkommunale Gewerbe- und Industriegebiet für die Anwohner zu bestreiten, ist anmaßend.

Kann die Stadt Braunschweig auf die Gewohnheiten der Lenker von Kraftfahrzeugen Einfluss nehmen?

Nein, die besten Beispiele sind dafür die Dienstleister von DHL, UPS, Hermes, etc.



Thomas Huppertz, CDU-Ratsherr SZ Die A39 bei Salzgitter-Thiede steht bereits jetzt schon vor einem Verkehrskollaps.

In den letzten Jahren ist der Verkehr, bei Unfällen oder Bauarbeiten (A39) immer durch die umliegenden Orte umgeleitet worden.

Was das Thema zusätzliche Arbeitsplätze betrifft, auf das immer wieder von den Fraktionen im Rat der Stadt Braunschweig hingewiesen wird, verhält es sich genau umgekehrt.

Durch den hohen Automatisierungsgrad in den Industriebetrieben ist die Arbeitsplatzdichte in der Regel deutlich niedriger als in einem Gewerbegebiet: Maschinen, Lagerhallen und Verladeanlagen brauchen kaum noch menschliche Arbeitskraft.

In Industriegebieten dürfen Betriebe deutlich mehr Lärm machen, 70 dB(A) tags wie nachts statt 65 bzw. 50 dB(A) in reinen Gewerbegebieten.

Auch der Hinweis, dass der zukünftige Atomübergabebahnhof Beddingen/Stiddien mit seinen 10 Gleisen als Puffer zum Gewerbe- und Industriegebiet verwendet werden kann, ist schon sehr abenteuerlich.

Um die Ansiedlung von nukleartechnischem Gewerbe auszuschließen, erwarten die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Braunschweig in den Stadtbezirken 222 und 223 ein rechtsverbindliches Dokument, das aussagt, dass bei Errichtung des interkommunalen Gewerbe- und Industriegebiets „Stiddien, Geitelde, Beddingen“, generell nukleartechnisches Gewerbe ausgeschlossen wird. Dieses Dokument muss auch gegen den Zugriff durch Land- und Bund abgesichert sein.

Wir Bürgerinnen, Bürger und Landwirte wollen dieses Mammutprojekt nicht, weil niemand zur Zeit weiß, welches Gewerbe und welche Industriebetriebe dort angesiedelt werden. Mit Formulierungen der Politik, wie „wir sind zuversichtlich“, „wir können“ oder „wir wollen“, kann man die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger nicht nehmen.

Die betroffenen Orte von Braunschweig und Salzgitter sind ländliche Stadtbezirke, in denen immer noch Landwirtschaft betrieben wird.

Dadurch sollten ländliche Bezüge des Bodenerhalts und seiner Reinhaltung (Wasserschutzgebiete) in den Fokus rücken.



Nach den Themenbereichen stellten die Zuhörer ihre Fragen. Ein Bürger fragt nach Ausgleichsflächen.

„Die Machbarkeitsstudie soll insgesamt 300.000,- € kosten. Zwei Drittel trägt die Stadt Braunschweig, ein Drittel die Stadt Salzgitter.“

Demos und weitere Veranstaltungen gegen das interkommunale Gewerbe- und Industriegebiet „Stiddien-Geitelde-Beddingen“ sind in Vorbereitung, das Sammeln von Unterschriften läuft bereits.

Ein Schulterschluss mit den Bürgerinnen und Bürgern aus Salzgitter und mit der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD konnte am 21.2.2017 auf der Informationsveranstaltung der BIBS und der CDU vollzogen werden. Gem. den Angaben im Gewerbeflächen-Entwicklungskonzept beträgt der Anteil der Stadt Braunschweig ca. 150 ha (Stand März 2016).



Otto Dierling, Heimatpfleger Geitelde Weitere Rednerinnen und Redner waren: Bernd Aumann, Heimatpfleger Timmerlah, Renate und Peter Rosenbaum, BIBS, Carsten Kawka (VW-Salzgitter) und u. a.

Klaus Werner
Stadtbezirk 222

Bürgerinitiative Süd-West (BIBS)
Fotos: Ernst Otto Trustorff



50 Jahre Müll in Asse II

untersucht. Dabei dürfte jedem klar sein, dass Strahlung nicht an Gemeindegrenzen halt macht.

Verlorene Mädchen

Das normale Geburtenverhältnis beträgt 105 Jungen zu 100 Mädchen. Die Statistiken zeigen, dass in der Umgebung von Atomkraftanlagen im Verhältnis noch weniger Mädchen als Jungen geboren werden.

Die Geschlechtsverteilung der lebend geborenen Kinder wurde deshalb von einer Arbeitsgruppe des Helmholtz-Instituts München auch für die Umgebung der Schachtanlage Asse II für die Zeit von 1971-2009 untersucht (Beginn der Einlagerung 4.4.67).

Statt der statistisch zu erwartenden Relation 105 Jungen zu 100 Mädchen fand sich das signifikant veränderte Verhältnis von 125 zu 100. In der Asse-Betriebsphase plus einem Jahr Nachlauf (1971-1979) ist das Zahlenverhältnis mit 142 zu 105 noch deutlicher. Der Statistiker Dr. Hagen Scherb vom Helmholtz-Institut sagte hierzu, dass in dieser Phase theoretisch jedes 4. Mädchen verloren gegangen wäre. Falls auch männliche Föten betroffen waren, hätten die Auswirkungen eine noch größere Dimension.

Nicht erfasste Risiken

Ionisierende Strahlung kann nicht nur Krebs oder Leukämie verursachen, sondern auch – gutartige Tumore – Herzkreislauferkrankungen – Magen-Darmerkrankungen – Durchblutungsstörungen, Schlaganfall – Erkrankung der Hormondrüsen – andere Schilddrüsenerkrankungen – verminderte Intelligenz

Diese Erkrankungen werden aber – anders als Krebserkrankungen – bisher statistisch nicht erhoben, so dass dazu noch keine Angaben vorliegen.

Gesundheitsmonitoring

Wenn man die Risiken, die von der Schachtanlage Asse II ausgehen, analysieren will, muss man u. a. eine kontinuierliche und umfassende Beobachtung und Erfassung des Krankheitsgeschehens im Umfeld der Schachtanlage Asse II installieren und die Auswertungsregion über die ehemalige Samtgemeinde Asse hinaus ausdehnen, um alle Gemeinden, die im Umfeld der Schachtanlage Asse II liegen, zu erfassen – ggf. sind zusätzliche meteorologische Daten zugrunde zu legen, um die Verbreitung der Abluft zu berücksichtigen

hängiges Messlabor vor Ort eingerichtet werden, das auch von der Bevölkerung in Anspruch genommen werden kann, um z. B. die Belastung von selbst angebautem Obst und Gemüse und privat genutztem Grundwasser überprüfen lassen zu können.

Ziel muss die Minimierung jeglichen Risikos von Asse II sein

für AnwohnerInnen, für die Beschäftigten, durch Strahlung und durch z. B. chemotoxische Stoffe, für die heutige Generation und für zukünftige Generationen.

Das gilt natürlich auch für die Rückholung. Es müssen alle Möglichkeiten zur Strahlenminimierung genutzt werden, auch wenn die Grenzwerte bereits unterschritten werden.

Das bloße Einhalten von Grenzwerten ist nicht ausreichend. Grenzwerte sagen nichts darüber aus, dass die Belastung gesundheitlich unbedenklich ist. Sie stellen einen Kompromiss dar, wie viele Tote der Gesetzgeber aus wirtschaftlichen Gründen in Kauf nehmen will.

Gesundheitsmonitoring und Umgebungsüberwachung – nicht nur für die Region um die Asse

Die Notwendigkeit eines Gesundheitsmonitorings, einer Gefahrenanalyse und einer Umgebungsüberwachung besteht aber nicht nur für die Schachtanlage Asse II. Sie besteht genauso für die anderen Atomanlagen in unserer Region wie Eckert & Ziegler in Braunschweig und das Atommülllager ERAM in Morsleben und erfordert unabhängige wissenschaftliche Begleitung und zivilgesellschaftliche Kontrolle.

Als Initiativen der Region sind wir gefordert, unsere Anforderungen zu formulieren und die Betreiber, die Aufsichtsbehörden und die verantwortlichen PolitikerInnen zu bewegen, den Schutz der Bevölkerung zu optimieren. *Wolfenbütteler AtomAusstiegsGruppe waagwf.wordpress.com*

- Risiken dort und anderswo endlich ernst nehmen - verlorene Mädchen

Vor 50 Jahren - am 4.4.1967 - begann die Einlagerung von radioaktivem und chemotoxischem Müll in die Schachtanlage Asse II.

Seit 50 Jahren wird radioaktive Strahlung freigesetzt. Bis heute ist der Bevölkerung jedoch kaum bekannt, dass die Belastungen der AnwohnerInnen höher als an Atomkraftwerken ist.

Es ist unbestritten, dass Radioaktivität (ionisierende Strahlung) Krebs und Leukämie auslösen kann. Doch wer an Krebs und Leukämie erkrankt, kann nicht nachweisen, dass seine/ihre Krankheit durch radioaktive Belastungen entstanden ist, denn Radioaktivität hinterlässt keinen „Stempel“. Die Folgen radioaktiver Belastungen können daher nur statistisch nachgewiesen werden.

An der Asse gibt es solche statistisch signifikanten Auffälligkeiten. In den Jahren 2002 bis 2009 erkrankten in der ehemaligen Samtgemeinde Asse dreimal so viele Frauen an Schilddrüsenkrebs und doppelt so viele Männer an Leukämie bzw. Blutkrebs wie im übrigen Landkreis Wolfenbüttel. Der Abschlussbericht eines beim Landkreis angesiedelten Expertenkreises kam aber zu dem Schluss, dass ein Zusammenhang mit der Schachtanlage Asse II nicht nachgewiesen werden könnte, da die erkrankten AnwohnerInnen nicht Beschäftigte der Asse GmbH waren.

Bei einer von der Wolfenbütteler AtomAusstiegsGruppe (WAAG) seit langem geforderten Folgeauswertung informierte das Niedersächsische Krebsregister im Oktober 2016, dass in den Jahren 2010 bis 2014 in der ehemaligen Samtgemeinde Asse mehr als doppelt so viele Frauen und Männer an Schilddrüsenkrebs erkrankten (9 zu 3,8). Die Leukämiefälle lägen jetzt unter der zu erwartenden Fallzahl.

Allerdings wurde jetzt nicht mehr der übrige Landkreis Wolfenbüttel mit seiner ländlichen Struktur und insgesamt niedriger Krebsrate als Vergleichsregion herangezogen, sondern der „Bezirk Braunschweig“, der im Vergleich zu Niedersachsen eine vergleichsweise hohe Krebsrate aufweist. Zum „Bezirk Braunschweig“ (eigentlich nur noch aus dem Sport bekannt) gehören u. a. Salzgitter mit der Belastung durch das Stahlwerk, Helmstedt mit der Belastung durch das Braunkohlekraftwerk und natürlich Braunschweig-Thune mit der Belastung durch Eckert & Ziegler. Der Abgleich mit den Neuerkrankungen in Niedersachsen insgesamt ergab dann, dass in der ehemaligen SG Asse dreimal so viele Männer und Frauen an Schilddrüsenkrebs erkrankten (9 zu 3,1).

Obwohl die WAAG seit 2013 mehrfach daran erinnerte, wurden auch bei der zweiten Auswertung z. B. die Gemeinden, die direkt östlich an die Schachtanlage Asse II anschließen, aber zur ehemaligen Samtgemeinde Schöppenstedt gehörten, wieder nicht



Asse-Konzerte 2017

Ein klingendes Zeichen gegen Atomenergie.



So 7. Mai 2017 17 Uhr
Historischer Rathaus-Saal **Wolfenbüttel** Stadtmarkt 3-6

Eröffnung der Asse-Konzerte 2017

„Und es ist das ewig Eine“

Arien, Balladen und Gedichte zum Thema Liebe
 Werke von Mozart bis Wagner, Goethe bis Hölderlin

Ausführende:
Hans Gröning - Gesang, Byron Knutson - Klavier, Anna Stieblich - Text (Berlin)

Eintritt frei. Spenden für regionale Anti-Atominitiativen: aufPASSEn! e.V., BISS e.V., AG Schacht KONRAD, Europäische Aktionswochen/Region Braunschweig. Weitere Infos unter: www.asse-konzerte.de



Seit 2009 gibt es die Asse-Konzerte in der Braunschweiger Region: Deutschlands einzige Konzertreihe mit klassischer Musik, die sich gegen die Nutzung von Atomenergie wendet. Ihr Prinzip ist denkbar einfach und äußerst erfolgreich: Zwei Privatpersonen organisieren ein Podium für klassische Musiker*innen, diese verzichten auf Gage und Spesen und setzen mit einem einstündigen Konzert ein „klingendes Zeichen gegen Atomenergie“.

Der Eintritt zu allen Konzerten ist frei, Spenden am Ausgang gehen zu 100 % an regionale Anti-Atom-Initiativen. Alle Konzerte wollen aufmerksam machen auf die immer noch ungelöste Problematik der Endlagerung von Atom- und den kritischen Forderungen der regionalen Anti-Atom-Initiativen eine weitere Stimme verleihen.

Der Erfolg ist bislang überwältigend: 165 engagierte Musiker und Musikerinnen, bislang 43 gut besuchte Asse-Kon-

zerte, mehr als 25.000 € Spenden, die z. B. aufPASSEn e.V., AG Schacht Konrad, BISS e.V. zugute kamen.

Auch für 2017 sind wieder 6 Asse-Konzerte geplant. Das **Eröffnungskonzert am Sonntag, 7. Mai, 17 Uhr** im historischen Ratssaal Wolfenbüttel wartet mit besonders prominenten Gästen aus Berlin auf.

Folgekonzert: Sonntag, 11. Juni 2017, 17 Uhr

„An die Sterne“ venti voci kammerchor, Braunschweig; Winfried Hummel, Harfe; Aneka Schiewek, Flöte. Leitung: Janis Berzins, Chorwerke von Schumann, Barbe, Jackson u. a. **Ort:** Evangelische Kirche Groß-Denkte (Kirchstr.). Bei den weiteren Konzerten sind in diesem Jahr u. a. ein Sonderkonzert zum 30. Geburtstag der AG Schacht Konrad sowie am Vorabend der Bundestagswahl ein Sonderkonzert für die Braunschweiger BISS dabei.

Weitere Infos: www.asse-konzerte.de



Eine strahlende Zukunft habe ich mir anders vorgestellt.



Schacht KONRAD

Nix klappt bei Schacht KONRAD

KONRAD – das Vorzeigeprojekt der nuklearen Entsorgung in Deutschland?

• Weil: Trocken?

Seit Jahren ist bekannt, dass in Schacht KONRAD täglich 14 000 Liter Wasser zufließen.

• Weil: Just-in-Time-Anlieferung?

Versteckt im Gesetzespaket zur „Neuordnung der Verantwortung der kerntechnischen Entsorgung“ hat die Bundesregierung die Option für ein zentrales Eingangslager Schacht KONRAD beschlossen. Damit würde die Bundesregierung die Beschränkungen des Planfeststellungsbeschlusses Schacht KONRAD per Gesetz aushebeln. Eine

Studie zur Neubewertung der Transportgefahren ist auf 2020 verschoben.

• Weil: KONRAD das Problem mit den schwach- und mittelradioaktiven Abfällen löst?

Es fallen zusätzlich 300.000 Kubikmeter strahlenden Mülls an, für den es keine Genehmigung gibt.

• Weil: Die Schächte besonders gut geeignet sind?

Durch chemische Reaktion ist das Mauerwerk im Schacht brüchig geworden. Der Schacht wurde in den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts zur Erzförderung abgeteuft und nicht für die Nutzung als Atommüll-Endlager.

KONRAD – eine lange, teure Geschichte des Scheiterns!

Radioaktive Belastung der Region

Bereits im Normalbetrieb, also ohne dass ein Unfall eintritt, würde aus Schacht KONRAD Radioaktivität über die Abluft und das Abwasser austreten. Davon wären nicht allein die Menschen in Salzgitter betroffen. So liegt Braunschweig in der Hauptwindrichtung und das Rathaus von Wolfenbüttel ist näher an Schacht KONRAD als an der ASSE II.

Radioaktive Abluft

Es entstehen radioaktive Gase, die nur teilweise über Filteranlagen zurückgehalten werden können. Um die radioaktiven Partikel mit der Luft abzuleiten und zu verdünnen werden extra ein Abluftkamin sowie ein 45 m hoher Diffusor errichtet. In die Luft kommen so Tritium, Kohlenstoff-14, Aerosole, Edelgase und das gesamte eingelagerte Krypton-85.

Radioaktives Abwasser

Das radioaktive Abwasser wird in die Aue eingeleitet. Damit die Radioaktivität ausreichend verdünnt wird, wird eigens eine sechs Kilometer lange Druckwasserleitung errichtet und das Abwasser erst auf dem Gebiet der Gemeinde Vechelde eingeleitet und auch das nur, wenn die Wasserführung mindestens 320 l/Sekunde beträgt.

Gefahr für 20.000

Industrie-arbeitsplätze

Schacht KONRAD liegt mitten in einem dicht besiedelten Industriegebiet. Allein im 5-km-Umkreis liegen die Hüttenwerke der Salzgitter AG, das Motorenwerk von VW sowie MAN und ALSTOM.

Sollte beim Transport des Atommülls oder bei der Einlagerung ein Unfall geschehen, so ist die weitere Existenz der Arbeitsplätze gefährdet.

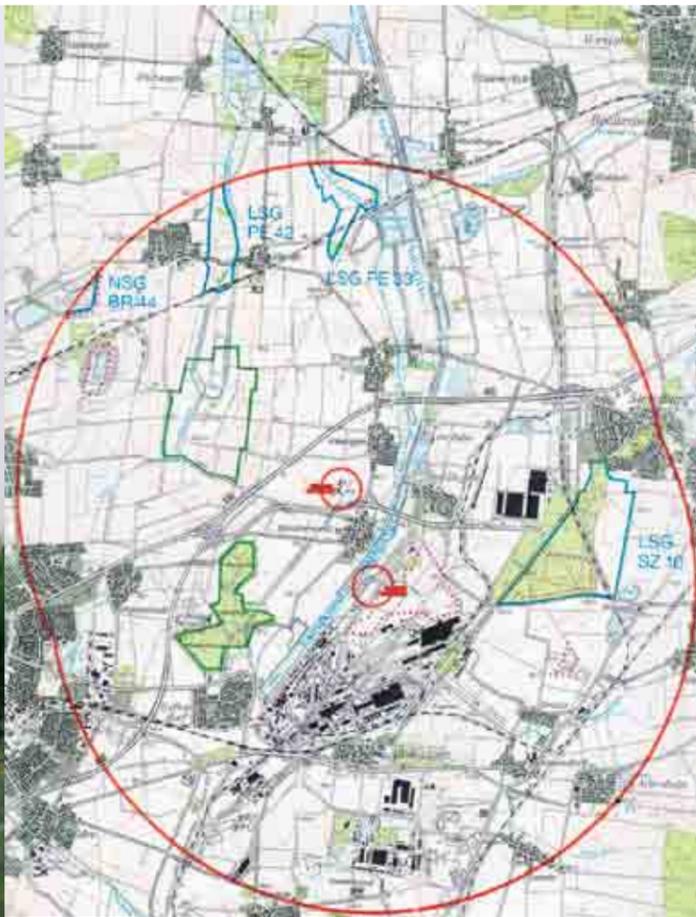
Landwirtschaft

Die Böden um Schacht KONRAD sind besonders ertragreich. Die Landwirte befürchten sowohl eine tatsächliche radioaktive Belastung als auch eine Rufschädigung ihrer Produkte.

Atommülltransporte – Das tägliche Risiko

Geht Schacht KONRAD in Betrieb, so rollen täglich Transporte mit radioaktiver Fracht über Straßen und Schienen aus dem ganzen Bundesgebiet nach Salzgitter.

Weder wissen Gemeinden, Polizei oder Feuerwehr über die konkreten Transporte Bescheid, noch sind besondere Schutzmaßnahmen vorgesehen.



5-Kilometer-Radius um Schacht KONRAD 1 und Schacht KONRAD 2

„Ich weiß nicht, ob KONRAD sicher ist, aber jetzt haben wir es und dann nehmen wir es auch.“
Umweltministerin Barbara Hendricks, 19.01.2016, Salzgitter

Kettenreaktion Tihange 25.06.2017

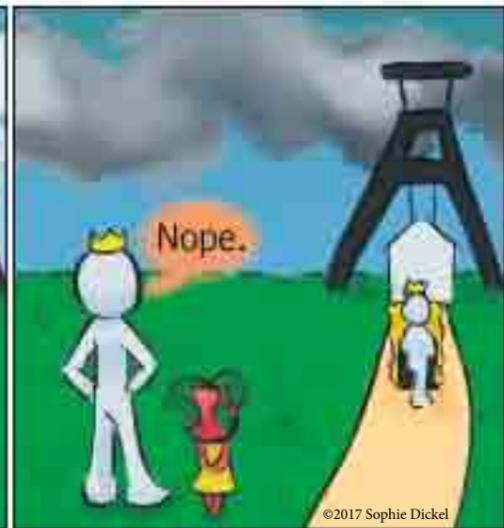
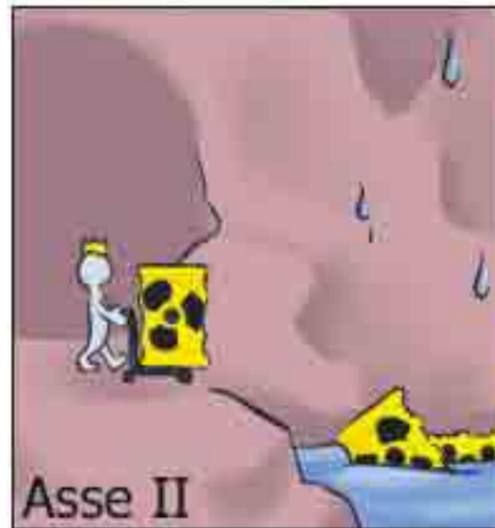
Lüttich – Maastricht – Aachen zur 90 km Menschenkette – Tihange – Lüttich – Maastricht – Aachen zur sofortigen Abschaltung der Atomkraftwerke Tihange 2 und Doel 3. Beunruhigende Nachrichten kommen aus Belgien zu uns: 16.000 Risse in den Reaktordruckbehältern der belgischen Atomkraftwerke Tihange 2 und Doel 3. Die belgische Regierung verteilt Jodtabletten für den Ernstfall. Trotzdem weigert sie sich, die AKW abzuschalten. Ende März wurde bekannt, dass diese „Bröckelreaktoren“ in den letzten Monaten mit 68 Brennelemente-

fabrik in Lingen beliefert wurden. Mit einer Menschenkette wird deshalb am 25.6.2017 grenzüberschreitend ein weithin sichtbares Zeichen gegen die Gefährdung von Millionen Menschen in Europa gesetzt.

Wir fahren mit dem Bus zur Menschenkette – Kommt mit!
Busticket: 25 €. Meldet Euch an unter: info@ag-schacht-konrad.de oder im KONRAD-Haus in SZ-Bleckenstedt Tel.: 05341 / 90 01 94.



Die Kinder von morgen haften für die Verantwortlichen von gestern.



Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.

Bleckenstedter Straße 14a, 38239 Salzgitter-Bleckenstedt
Tel. 05341 900194, Fax 05341 900195, info@ag-schacht-konrad.de
Bankverbindung: IBAN DE76 4306 0967 4067 8836 00, BIC: GENODEM1GLS bei der GLS-Bank
Öffnungszeiten des KONRAD-Hauses: Mo., Di., Mi., Fr., 10:30 - 14:30 Uhr
www.ag-schacht-konrad.de





ERFOLGREICH - 30 Jahre Anti-Atom-Politik

Tschernobyl hatte die Ablehnung der Atomtechnik tief in der Bevölkerung verankert. Diese breite Ablehnung zu bündeln und zu koordinieren war das Ziel der Gründungsmitglieder der Arbeitgemeinschaft Schacht KONRAD am 27. August 1987. „Die absolute Minimierung der Strahlenbelastung durch kerntechnische Anlagen“ wurde Satzungsziel.

1988 erstellten wir einen öffentlichen Fragenkatalog zur ASSE II. Gemeinsam mit der Aktion Atommüllfreie Assen organisierten wir die Proteste gegen die geplanten Versuche mit hochradioaktiven Strahlungsquellen. 1992 wurden die Versuche abgesagt. Gleich nach der Grenzöffnung gaben wir bei der Gruppe Ökologie Hannover eine Schwachstellenanalyse zum ERA Morsleben in Auftrag und organisierten und koordinierten über Jahre hinweg den politischen und juristischen Widerstand gegen den Wei-

terbetrieb des Atommülllagers. 1998 wurde die Einlagerung von Müll aus westdeutschen Atomkraftwerken ge-



stoppt. 2010 sammelten wir 12.000 Einwendungen gegen die konkreten Schließungspläne des Betreibers Bundesamt für Strahlenschutz (BfS). Bis heute kann das BfS keinen Langzeitsicherheitsnachweis erbringen. Herz-

stück der Aktivitäten war und ist die Verhinderung der Inbetriebnahme von Schacht KONRAD als Atommüll-

lager, 1991 Einwendungskampagne mit 298.387 Einwendungen, 1992/93 75-Tage-Erörterungstermin mit einer Vielzahl von Aktionen, 2002-2008 Klagen durch mehrere Instanzen, 2015 Einwendungskampagne gegen

das Nationale Entsorgungsprogramm mit 68.139 Einwendungen in drei Wochen, gemeinsames Bündnis mit der Stadt Salzgitter, der IG Metall Salzgitter-Peine und dem Landvolk Braunschweiger Land, und vieles mehr. Von Anfang an war die Beendigung der Atommüllproduktion das Ziel. Deshalb sind wir nicht nur bei einer Vielzahl von Demonstrationen und Aktionen im ganzen Land dabei, sondern haben viele selbst (mit-) organisiert, z. B. am 13. Mai 1995 in Hannover mit etwa 10.000 Menschen gegen den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke und gegen weitere Castor-Transporte; 2009 den Anti-Atom-Treck nach Berlin, die großen bundesweiten Demonstrationen gegen die Laufzeitverlängerung und nach der Katastrophe von Fukushima. 2012 haben wir die Atommüllkonferenz initiiert. Ein zweimal im Jahr stattfindendes Treffen der Initiativen an den Atommüllstandorten mit Verbänden und kritischen WissenschaftlerInnen. 2013 ist daraus das Projekt www.atommuellreport.de entstanden, ein unabhängiges Fachportal für alle Informationen rund um Atommüll.

KREATIV - Unterwegs mit dem Bauwagen

Während der Jubiläumskampagne werden wir mit unserem Infostand durch die Region reisen



– zu kleinen und großen Festen und Veranstaltungen. Wir möchten direkt vor Ort über unsere Aktivitäten informieren, um dabei neue Aktive und Mitglieder zu gewinnen. Magisches Requisit und Anlaufstation am Infostand wird unser Bauwagen sein. Ihn gibt es auch in klein als Stifthalter für den Schreibtisch für 25.- € bei uns zu erwerben.

KOMPETENT - Neue Wanderausstellung

Auf zwölf Tafeln wird die Kritik an den Atommüllprojekten Schacht KONRAD, ASSE II und Morsleben sowie 30 Jahre Widerstand der Arbeitgemeinschaft Schacht KONRAD in der Region und auf Landes- und Bundesebene dargestellt. Sie ist so aufgebaut, dass auch „Teilausstellungen“ zu den einzelnen Projekten möglich sind.

Die Ausstellung kann bei uns gebucht werden. Wer weiß, wo Platz ist? Wer möchte die Ausstellung zeigen? Wer möchte die Ausstellung mit einem Begleitprogramm garnieren? Meldet Euch im KONRAD-Haus, Tel. 0 53 41 / 90 01 94 oder unter ausstellung@ag-schacht-konrad.de

Bisherige Ausstellungstermine 2017:

- 02.06.: Widerstandspartie Gorleben
- 12.-21.06.: Rathaus Salzgitter-Lebenstedt
- 06.08.: KONRAD-Konzert
Kniestedter Kirche, Salzgitter-Bad
- 06.08.: Spendenflohmarkt
Salzgitter-Lebenstedt

VERBINDEND - 30 Jahre Arbeitgemeinschaft Schacht KONRAD

30 Jahre Anti-Atom-Politik - 30 Paten gesucht

2017 ist das Jubiläumsjahr der Arbeitgemeinschaft Schacht KONRAD. »Action statt Geschenke«: Unter dem Motto »30 Jahre – 30 Paten« rufen wir auf, uns im Laufe des Jubiläumsjahres einer ganz persönlichen Idee/Aktion zu widmen.

Unser Widerstand gegen die Atommüllpläne der Region ist stets auf großartige Resonanz gestoßen. Viele Menschen und Organisationen haben an den vielfältigen Aktionen in den letzten Jahren teilgenommen und ihren lebendigen und kreativen Protest gezeigt, der die Region im Widerstand gegen Atomprojekte in der Region abbildet und auch die bundesweite Atompolitik verbunden hat.

Da sind zu nennen: +++ Die Haltestellen in Braunschweig 2011 anlässlich der großen T25-Demonstration zur Erinnerung an die Nuklearkatastrophe in Tschernobyl. Die Demonstration fand in Salzgitter statt. Vorher haben sich viele Menschen an der sogenannten Haltestelle in Braunschweig getroffen und sind dann gemeinsam zur Demo nach Salzgitter gefahren +++ Die großartige 80 km lange Lichterkette 2012 mit gut 24.000 Menschen +++ Die Unterschriftensammlung gegen die Erweiterung von Schacht KON-

RAD (70.000 Unterschriften) +++ die Frühstücksmesse 2016 mit über 1000 Menschen zur Erinnerung an 30 Jahre Tschernobyl – 5 Jahre Fukushima +++ Besonders beeindruckend ist dabei, wie zahlreich Vereine, Firmen und Privatpersonen vertreten waren. Diese Beteiligung möchten wir aufrechterhalten.

Die Möglichkeiten, Pate zu werden, sind vielfältig. Von kulturellen über sportliche, naturkundliche, spielerische, kulinarische Aktivitäten: +++ ein kulinarischer Beitrag für unsere Jubiläumsfeier am 26.8. +++ Laufen für eine sichere Zukunft ohne Atomprojekte in der Region beim Braunschweiger Nachtlauf +++ Spenden für die Arbeitgemeinschaft statt Geschenke bei Ihrem Geburtstag +++ einen Gewinn für unseren Geburtstagsquiz beisteuern +++ oder oder +++ Wir freuen uns auf Ihre/Eure Beiträge. Vielleicht ist bereits eine eigene Veranstaltung in diesem Jahr geplant? Dann kann diese vielleicht genutzt werden, um uns damit zu unterstützen. Oder wir planen eine gemeinsame Patenaktion. Material können wir gern zur Verfügung stellen.

Vielleicht ergeben sich auch interessante Möglichkeiten, sich mit anderen Paten zu vernetzen. Wir stellen gern den Kontakt her. Wir veröffentlichen



„Wir haben uns in der Auseinandersetzung um Eckert & Ziegler in Braunschweig immer auf die Unterstützung der AG Schacht KONRAD verlassen können. Als Paten-Aktion planen wir eine Fahrradtour von Braunschweig zum Schacht KONRAD zum Thema Atommülltransporte durch die Region.“

Thomas Huk, BISS-Braunschweig

die Aktion und Ihr Statement, warum Sie uns als Paten unterstützen, gern auf unserer Homepage.

Berichte über die Patenaktion lenken die Aufmerksamkeit auf Euch/Ihre Organisation und auf den Sinn/Hintergrund der Aktion: Die ersten Paten sind gefunden und erste Ideen ebenso. Aber unsere Zielmarke 30 haben wir noch nicht erreicht.

2017 ist das Jubiläumsjahr der Arbeitgemeinschaft Schacht KONRAD; daher haben unsere Paten das ganze

Jahr Zeit, sich mit einer Patenaktion mit uns zu verbinden und das Jubiläumsjahr zu bereichern. Machen Sie mit – werden Sie im Laufe des Jubiläumsjahres unser Pate – mit Ihrem Unternehmen, in Ihrem Verein, in Ihrem privaten Umfeld.

Tragen wir gemeinsam den Widerstand gegen die Atommüllpläne in eine erfolgreiche Zukunft.

Melden Sie sich / meldet Euch im KONRAD-Haus oder unter paten@ag-schacht-konrad.de

Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.

Bleckenstedter Straße 14a, 38239 Salzgitter-Bleckenstedt
Tel. 05341 900194, Fax 05341 900195, info@ag-schacht-konrad.de
Bankverbindung: IBAN DE76 4306 0967 4067 8836 00, BIC: GENODEM1GLS bei der GLS-Bank
Öffnungszeiten des KONRAD-Hauses: Mo., Di., Mi., Fr., 10:30 - 14:30 Uhr
www.ag-schacht-konrad.de

